



MIT KLAREM KURS.

**MEHR SICHERHEIT
FÜR DEUTSCHLAND.**

CDU

35. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS
9. bis 10. September 2022 | Deutsche Messe Hannover

KLARER KURS FÜR SICHERE ENERGIE UND EINE STARKE WIRTSCHAFT

Beschluss des 35. Parteitags der CDU Deutschlands

Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft

Wir leben in besonders schwierigen Zeiten. Es herrscht Krieg in Europa. Die Preise steigen, die Energieversorgung ist ungewiss, die Wirtschaft stagniert, es droht eine Rezession, wirtschaftlich ziehen dunkle Wolken auf, das Klima wandelt sich spürbar. Viele bisher geltenden Gewissheiten sind in Frage gestellt. Es ist eine Zeit, in der unser Land vor enormen Herausforderungen steht.

An den wichtigsten Wegmarken unserer Geschichte hat die CDU aus einer grundlegenden Überzeugung heraus die wesentlichen Entscheidungen in den letzten 75 Jahren geprägt: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, europäische Einigung, Aussöhnung mit Israel, deutsch-französische und transatlantische Freundschaft, Wiedervereinigung und Bau des europäischen Hauses nach dem Fall der Mauer, Bewältigung der Finanzkrise und das Ziel der Klimaneutralität 2045. Bei manch einer dieser Entscheidungen wurde innenpolitisch intensiv gestritten und diskutiert. Wir sind gemeinsam mit der CSU als Union standhaft geblieben und haben für unsere Überzeugungen gekämpft, auch wenn uns der Wind ins Gesicht wehte. Wir haben auch bewiesen, dass wir das Land erfolgreich durch wirtschaftliche Krisen führen und so den Wohlstand für die Menschen in Deutschland sichern können.

Auch jetzt ist das Land in einer ernsthaften Krise. Erst die Corona-Pandemie, jetzt die Energiekrise. Für viele fühlen sich die Krisen an wie in einer Endlosschleife. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Krise so zu bewältigen, dass wir nicht in die nächste Krise schlittern, weder in eine Verschuldenskrise noch in eine Klimakrise, deren Auswirkungen wir jeweils leider schon heute spüren. Es ist Zeit, sich auf unsere Grundprinzipien zu besinnen. Wir stehen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit und verteidigen sie – auch wenn dies kurzfristig zu Belastungen in unserem Leben führt. Freiheit hat ihren Preis. Wichtig ist aber, dass die damit einhergehenden Belastungen auch gerecht und solidarisch verteilt werden, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten bleibt.

Aus Überzeugung unterstützen wir die Ukraine auch mit militärischen Mitteln in ihrem Kampf gegen den russischen Aggressor. Mit der Ukraine verteidigen wir die regelbasierte Ordnung und unsere Werte von Freiheit und Demokratie. Fällt die Ukraine, wird Russland seinen weiteren Plan einer Ausweitung des Krieges gegen die Republik Moldau und das Baltikum fortsetzen. Wir wollen der Ukraine nicht nur militärisch helfen, sondern sie auch nach einem Friedensschluss beim Wiederaufbau und beim Weg in die Europäische Union unterstützen.

Der Krieg hat auch enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Energieversorgung unseres Landes-. Energie ist eine wesentliche Grundbedingung für unser Leben und unseren Wohlstand. Erst die Dampfmaschine und die darauffolgende Industrialisierung ermöglichte es unseren Vorfahren vor über 200 Jahren, aus der Armut zu entkommen. Auch heute gilt: Ohne Energie kein Handwerk, kein Mittelstand und keine Industrie, ohne Wirtschaft kein Wohlstand. Modernes Leben benötigt Energie, die bezahlbar sein muss, mehr denn je. Daher sind Energiefragen immer große Systemfragen. Die deutsche Wirtschaft steht zeitgleich vor mehreren großen Herausforderungen: Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und Demografie haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Unternehmen und die Beschäftigten. Eine strukturelle Wachstumschwäche, Arbeits- und Fachkräftemangel, Rohstoffknappheit und Unterbrechungen in den Lieferketten kommen hinzu. Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstläufer!

Die hohen russischen Importanteile bei fossiler Energie erweisen sich angesichts Putins verbrecherischen Kriegs als schwere Hypothek. Wir müssen weg davon mit schnellen Schritten und so bald wie möglich.

Wir stehen wirtschaftlich in einem globalen Wettbewerb. Wir werden ihn bestehen mit der Überzeugung von der Überlegenheit der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft autokratischer Systeme, mit Technologieführerschaft durch eine leistungsstarke Forschungs- und Innovationslandschaft sowie mit konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen.

Die dramatisch fortschreitende Erderwärmung erfordert eine drastische Reduktion unseres Treibhausgas-Ausstoßes: Deutschland muss bis spätestens 2045 klimaneutral werden. Allein mit der Vermeidung von CO₂ – Emissionen werden sich die Klimaziele aber nicht mehr erreichen lassen. Neben allen notwendigen Vermeidungsstrategien müssen schnelle technologische Fortschritte bei der Abscheidung und Rückgewinnung von CO₂ aus Produktions- und Verbrennungsprozessen sowie aus der Atmosphäre hinzukommen. Dann können wir Klimaneutralität tatsächlich bis 2045 noch erreichen.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist nicht nur die Grundlage für unseren Sozialstaat, sondern sie wirkt über unsere Grenzen hinaus: Wir haben als größte Volkswirtschaft eine starke und prägende Rolle in Europa. Wir sind als Exportnation Treiber der Globalisierung im positiven Sinne.

Wir wollen daher die Stärken der deutschen Wirtschaft für Europa und die Welt erhalten und ausbauen.

Leider müssen wir feststellen, dass die Ampel-Regierung den großen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Zu oft werden Entscheidungen zu spät oder falsch getroffen, werden Lösungswege viel zu eng angelegt oder sie sind schlichtweg handwerklich schlecht gemacht. Das betrifft praktische Fragen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, gerade auch die Unternehmen des erfolgreichen deutschen Mittelstands: Werde ich im nächsten Winter meine Wohnung heizen können? Kann ich die nächste Rechnung noch bezahlen? Kann ich mein Unternehmen so noch weiterführen? Aber auch der große Blick auf das Ganze fehlt, nämlich wie Deutschland ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt, mit hohem Zusammenhalt und erfolgreich auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045, dem auch andere Länder folgen werden.

Deutschland kann mehr. Deutschland braucht Klarheit und Verlässlichkeit. Energie muss für alle bezahlbar und sicher sein. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen strukturell verbessert werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen entlastet werden, damit wir gut durch die Krise kommen. Der Staat erzielt durch die steigenden Energiepreise und die Inflation hohe Steuereinnahmen. Diese müssen umfassend zurückgegeben werden. Der Staat darf kein Krisengewinner sein. Es braucht Entlastungen jetzt! Nur eine auf die ökologisch-soziale Marktwirtschaft aufbauende Energiepolitik ermöglicht eine wirkungsvolle Sozialpolitik.

I. Für sichere und klimaneutrale Energieversorgung

Die Energieversorgung muss sicher sein. In einem modernen Industrieland muss jederzeit ausreichend Energie verfügbar sein – und dabei darf der Klimaschutz nicht aus dem Blick geraten. Eine sichere und klimaneutrale Energieversorgung ist eine Frage nationaler Sicherheit und Souveränität. Versorgungspolitische Abhängigkeiten, wie es derzeit beim russischen Gas der Fall ist, müssen zukünftig verhindert werden. Deutschland und die Europäische Union müssen schnellstens zu einer strategisch souveränen Energieversorgung übergehen. In Krisenzeiten wie diesen, in denen jede Kilowattstunde Gas und verlässlicher Strom zählt, müssen alle bestehenden inländischen Möglichkeiten zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Nur so können wir den aktuellen Angebotsschock überwinden. Denn es besteht in unserer Marktwirtschaft ein wichtiger Mechanismus: Wir müssen das Angebot an Energie erhöhen, dann sinkt auch der Preis wieder. Deutschland braucht ein Gesamtkonzept für die Energieversorgung auf unserem Weg

hin zur Klimaneutralität 2045. An den Grundsatzbeschlüssen zum Ausstieg aus der Kohle und Kernenergie halten wir fest.

Ausstiegsplan vorlegen – Versorgung sicherstellen

Die Ampel-Regierung hat bis heute keinen Ausstiegsplan aus russischer Energie vorgelegt, obwohl der Deutsche Bundestag sie dazu bereits im April aufgefordert hatte. Dies trägt zur Verunsicherung an den Energiemärkten bei. Zudem will die Bundesregierung zum Ende des Jahres 2022 das europäische Öl-Embargo auf durch Pipelines nach Deutschland transportiertes Öl ausweiten. Es muss sichergestellt werden, dass die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl versorgt werden. Eine ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff muss zu jedem Zeitpunkt gesichert sein. Zudem muss es eine Garantie für den Erhalt der wirtschaftlichen Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten geben.

Transparenz schaffen – politische Verantwortung übernehmen

Sollte es im Winter zu Versorgungsengpässen kommen, müsste die Bundesnetzagentur im Notfall Entscheidungen von weitreichendem Ausmaß treffen und Gas zuteilen. Es muss dann entschieden werden, welche Branchen und welche Produkte systemrelevant sind und mit dem knappen Gas versorgt würden. Das sind Wertenscheidungen, die nicht an die Bundesnetzagentur delegiert werden können, sondern politisch verantwortet werden müssen.

Gasspeicher besser kontrollieren

Gasspeicher sind bzw. waren teilweise in russischer Hand und damit Teil einer politischen Manövriermasse geworden. Gasspeicher sind jedoch auch Teil der kritischen Infrastruktur mit Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche. Wir fordern daher mehr staatliche Kontrolle über die Gasspeicher. Die Gasspeicher, die aktuell in russischer Beteiligung sind, müssen dauerhaft in nationale Verantwortung übernommen werden. Zudem sollte der Verkauf von Gasspeichern an ausländische Investoren untersagt werden.

Flüssiggas (LNG) schneller beschaffen und einsetzen

Wir erwarten von der Ampel-Regierung eine klare Auskunft darüber, welche zusätzlichen Gaslieferungen für 2022 und 2023 sie zum Ersatz russischen Gases gesichert hat. Zudem müssen die für unsere Gasversorgung wichtigen LNG-Terminals im niedersächsischen Wilhelmshaven und Stade sowie im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel schnell genehmigt und gebaut sowie kurz-

fristig schwimmende LNG-Terminals wie das in Lubmin genutzt werden. Zudem muss durch einen Ausbau der deutschen Flüssiggasflotte ein Transport des Flüssiggases jederzeit gewährleistet werden. Für den Westen Deutschlands ist ein Ausbau der Pipeline-Verbindungen aus den Häfen Antwerpen und Rotterdam dringend erforderlich. Unsere Nachbarn in Belgien sind dazu bereit. Sie brauchen aber endlich konkrete Abnahmezusagen der Bundesregierung. Der Süden sollte schnellstmöglich an die Häfen in der Adria angeschlossen werden. Die kurzfristige Beschaffung von Flüssiggas durch die Gasimporteure muss intensiv politisch flankiert werden. Im Hinblick auf Vertragslaufzeiten und die Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen in Lieferländern müssen die Rahmenbedingungen für kurzfristige Lieferbeziehungen angepasst werden.

Jede Kilowattstunde zählt – Kernkraftwerke befristet weiterlaufen lassen und Kohlekraftwerke vorübergehend, aber zügig ans Netz bringen

Jede in Deutschland produzierte Kilowattstunde Strom hilft, die Versorgung zu sichern und den Strompreis zu stabilisieren. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist technisch, rechtlich und finanziell möglich; erforderliche Brennstäbe können bestellt werden. Neben dem notwendigen Wiederaufstart von Braun- und Steinkohlekraftwerken aus der Netzreserve und der Sicherheitsbereitschaft müssen alle 3 noch laufenden Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus weiterbetrieben werden, solange dies für die Versorgung notwendig ist. Sie produzieren sicheren, bezahlbaren, verlässlichen und klimaneutralen Strom. Der aktuelle Vorschlag von Bundesminister Habeck, nur 2 Kernkraftwerke bis Ende April 2023 in die Reserve zu überführen, führt hingegen zu höheren Kosten und erhöht das Risiko eines Blackouts. Er bedeutet weniger Klimaschutz und beschädigt europäische Solidarität.

Biomasse intensiver nutzen

Die Bedeutung der Biomasse muss gestärkt und der Einsatz von Biogas und klimaneutralen Gasen gefördert werden. Dazu muss der Biomasse-Deckel endlich angehoben werden. Seit Monaten wird hier vorhandenes Potential zum Ersatz russischen Gases nicht genutzt. Zudem müssen mit einer umfassenden Bioenergiestrategie die Weichen neu gestellt werden, um Biomasse z. B. als Biomethan als heimischer Ressource einen Platz für unsere zukünftige nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen. Dabei muss auch der von der Bundesregierung geforderte Rückbau von Gasnetzen dringend zurückgenommen werden.

Alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen

Wir brauchen jetzt einen Turbo für die Erneuerbaren Energien, um sie beschleunigt auszubauen. Die konsequente Nutzung dieser heimischen Energieträger ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unabhängigen Energieversorgung. Neben Windenergie, Photovoltaik und Biomasse sind auch die Potenziale der Wasserkraft und der Geothermie besser zu nutzen. Ebenfalls wollen wir hierbei den nachwachsenden Rohstoff Holz aus einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung berücksichtigen. Wir fordern dazu eine konzertierte Aktion, in der Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Anreize müssen verstärkt und Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden: Pro Erneuerbare-Energien-Anlage muss eine digitale Akte genügen. Die Installation und der Betrieb einer PV-Anlage auf dem privaten Haus muss endlich von allen Steuern und Abgaben befreit werden, soweit unionsrechtlich möglich. Unternehmen müssen für Anschaffungen in Klimaschutz bessere Abschreibungsbedingungen erhalten. Zudem müssen maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen im Sinne einer Genehmigungsfiktion festgesetzt werden. Bei Windanlagen an Land sollte die Verfahrensdauer nach Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags in der Regel auf längstens ein halbes Jahr begrenzt werden. Gleiches gilt für den Ausbau bereits vorhandener Windräder (Repowering) und für die Verdichtungen innerhalb von bestehenden Windparks. Ein besonderer Fokus muss jetzt auf der Erweiterung von offshore Windanlagen liegen.

Private Stromspeicher für den Markt nutzen

Die Speicher von privaten Solaranlagen, die in Deutschland schon verbaut und künftig noch zu gebaut werden, sollen als „Zwischenpuffer“ für überschüssige Energie genutzt und in Koordination mit den Netzbetreibern zum Einsatz gebracht werden.

Energieeffizienz fördern

Für die Energieeffizienz müssen mehr Anreize gesetzt werden: durch die Verstärkung bestehender Förderinstrumente, aber auch durch eine verbesserte Steuerförderung für Effizienzmaßnahmen wie für Klimatechnologien insgesamt. Die Devise muss sein: CO₂ runter, Steuern runter. Denn Energie, die nicht verbraucht wird, muss schließlich nicht erst erzeugt werden. Zudem muss kurzfristig ein umfassender Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen initiiert werden.

Spielräume beim EU-Emissionshandel schaffen

Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen Kommission, Zertifikate aus der Reserve des Emissionshandels zu nehmen und zu versteigern. Die Einnahmen sollen für die Beschleunigung der Investitionen in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, LNG-Terminals und andere Technologien genutzt werden, die uns unabhängiger von russischem Gas machen und sowohl dem Klimaschutz als auch der Preissenkung dienen. Das Argument, dass der Preis dadurch sinkt, dreht sich in diesen Tagen um: Es ist dringend geboten, dass Unternehmen und Stromverbraucher von Kosten entlastet werden. Klimaziele für 2030 können dadurch erreicht werden, dass in späteren Jahren die Zertifikate wieder in die Reserve gelangen. Die nächste Stufe des Brennstoffemissionshandels soll nicht ausgesetzt werden. Die entsprechenden Einnahmen müssen aber 1:1 zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft bei den Energiekosten eingesetzt werden.

Netzausbau beschleunigen

Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken, muss der nationale und transnationale Strom- und Gasnetzausbau, für den der Bundestag ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt hat, nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Trassen müssen gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden. Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken, muss der nationale und transnationale Netzausbau nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Dazu müssen die Programme des europäischen Wiederaufbaufonds viel stärker genutzt werden.

Wasserstoff fördern

Wasserstoff ist der Schlüssel, um Industrie und Klimaneutralität zu verbinden. Hierfür muss mit einem „Bundeswasserstoffnetz“ eine Leitungsinfrastruktur von Nord, Süd, Ost und West umgesetzt werden - keine Region darf abgehängt bleiben. Elektrolyseure zur Erzeugung von Wasserstoff in großindustriellem Maßstab müssen möglichst dort entstehen, wo Energie produziert wird. Die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie muss hierfür beschleunigt und konsequent fortgeführt werden und internationale Kooperationen ausgebaut werden. Die LNG-Terminals, die jetzt entstehen, müssen von vorneherein so ausgerichtet werden, dass sie für Wasserstoffderivate genutzt werden können.

In Zukunftstechnologie investieren

Die CDU Deutschlands setzt auf Technologieoffenheit und die Kraft aus Forschung und Innovation. Wir wollen eine innovationsgetriebene Technologie-Agenda aufsetzen, die der deutschen

Wirtschaft den Rückenwind geben soll, in 5 bzw. 10 Jahren auf technologischen Schlüsselgebieten wieder Weltmarktführer zu werden und damit Wohlstand zu sichern. In Speichertechnologien wie auch in der Kernfusion kann ein großes Zukunftspotenzial liegen. Deutschland darf hier bei Forschung und Entwicklung nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben. Jetzt entscheidet sich, wo weltweit diese Technologie zur Reife entwickelt wird. Auch in Deutschland gibt es Startups, die Zukunftstechnologien aus der Grundlagenforschung auf die nächste Ebene heben wollen. Diese müssen finanziell gefördert und unterstützt werden

Europapolitisch abgestimmt agieren - Solidaritätsverträge mit Nachbarstaaten schließen

Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine gemeinsame Aufgabe der europäischen Staaten. Der europäische Energiemarkt ist ein Binnenmarkt. Deutsche Alleingänge schaden daher nicht nur unserem Ansehen bei internationalen Partnern sondern auch dem Markt als Ganzem. Stärker als bisher muss die Bundesregierung daher europäisch abgestimmt handeln und sich nicht immer wieder ins internationale Abseits stellen. Die nach EU-Recht und Energiesicherungsgesetz notwendigen Solidaritätsabkommen müssen zu diesem Zweck endlich mit allen Nachbarländern Deutschlands geschlossen werden. Nur mit ihnen wird europäische Solidarität im Ernstfall konkret.

II. Für bezahlbare Energie

Unser Ziel ist klar: Energie muss bezahlbar sein – für alle Haushalte, für Unternehmen und Selbstständige, für soziale und öffentliche Einrichtungen. Nur mit einer verlässlichen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen werden wir unseren Wohlstand nachhaltig sicherstellen können.

Gasumlage aufheben

Die von der Ampel-Regierung beschlossene Gasumlage muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Aus der Gasumlage ist eine Chaosumlage geworden. Sie ist handwerklich schlecht gemacht und hat eine soziale Schieflage. Millionen Betroffene wissen nicht, ob sie nun so kommt oder nicht, wer sie bezahlen muss und wer nicht. Sie belastet unverhältnismäßig private Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin schon angespannten Lage und sie treibt die Inflationsrate weiter nach oben. Und es profitieren zum Teil die falschen von der Umlage, z. B. internationale Konzerne, die Krisengewinner sind. Stattdessen sollten insolvenzgefährdete Gasimporteure gezielt unterstützt werden, sofern dies für die Versorgungssicherheit notwendig

ist. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die unterstützten Unternehmen das Geld zurückzahlen, wenn es ihnen mittelfristig finanziell besser geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein entsprechendes Konzept dringend vorzulegen und umzusetzen.

Preisbremse auf dem Strommarkt einführen

Der Strompreis explodiert. Grund ist die sehr teure Gasverstromung, die den Marktpreis für Strom bestimmt. Die Ampel-Regierung und die EU-Kommission müssen schnellstmöglich handeln und kurzfristig entschlossen gegensteuern, um diese krisenbedingten Verzerrungen auszugleichen. Es sollte geprüft werden, ob der Großhandelspreis für Gas (Price Cap) gedeckelt wird. Dies hätte einen unmittelbaren Effekt auch auf die Höhe des Strompreises. Über diese zeitlich eng zu befristenden Notfallinstrumente hinaus, bedarf es einer grundsätzlichen Reform der Preissetzung im Europäischen Strommarkt, welche extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger antizipiert. Grundsätzlich muss das marktwirtschaftliche Design des europäischen Strommarktes erhalten bleiben, um verlässliche Anreize für notwendige Investitionen zu setzen.

Energiegrundversorgung einführen

Gas und Strom müssen für alle Menschen bezahlbar bleiben. Für Strom hat die Ampel-Regierung entsprechende Maßnahmen angekündigt. Die konkrete Umsetzung zu Höhe, Zeitpunkt und Finanzierung bleibt allerdings völlig offen. Eine totale Leerstelle bei den Vorschlägen der Regierung gibt es beim größten Problem: dem extrem hohen Gaspreis. Hier sind dringend Entlastungen nötig. Stattdessen werden die Menschen mit der Einsetzung einer Experten-Kommission vertröstet. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen vor Beginn des Winters Planungssicherheit und Verlässlichkeit bei den Strom- und Gaspreisen.

Daher fordern wir einen Preisdeckel für einen normalen Grundbedarf an Strom und Gas für private Haushalte. Als Gas-Grundbedarf sollen 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten und hierfür ein Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Dadurch werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überproportional entlastet.

EEG-Milliarden für Entlastung bei Stromkosten nutzen

Während Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft unter den hohen Energiepreisen ächzen, sitzt die Ampel-Regierung auf EEG-Mitteln aus Fördertopf und Haushalt von fast 25 Mrd. Euro. Über viele Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger mit der EEG-Umlage ihren Teil zum Ausbau der Erneuerbaren beigetragen. Gerade in dieser schweren Lage ist es angebracht, nun-

mehr die Bürgerinnen und Bürger mit Mitteln aus dem EEG-Topf bei den Stromkosten zu entlasten. Die Netzentgelte für 2023 sind vollständig auszusetzen und die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken. Zudem sollte die Energiesteuer auf Flüssiggas, Erdgas und Heizöl befristet reduziert werden.

1.000-Euro-Energiepauschale für Menschen mit geringem Einkommen

Die Energiepauschale von 300 Euro ist angesichts der stark steigenden Energiepreise für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zu niedrig. Daher sollten Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit einer 1.000 Euro-Energiepauschale unterstützt werden. 1.000 Euro für das untere Einkommensdrittel sind wichtiger als 300 Euro für alle.

Pendlerinnen und Pendler entlasten

Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen, brauchen unsere Unterstützung. Wir fordern daher, die Entfernungspauschale ab dem ersten Entfernungskilometer signifikant zu erhöhen und rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen. Ergänzend dazu sollte es für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Steuersatz, die von der Entfernungspauschale nicht profitieren, eine verbesserte Mobilitätsprämie geben.

Energiesparen belohnen

Energiesparen muss sich lohnen. Wir fordern daher Energie-Bürgergutscheine für alle privaten Haushalte, die Energie sparen. So könnte beispielsweise jede im Vergleich zu 2021 eingesparte Kilowattstunde Gas belohnt werden. Zugleich sollen Bürgerinnen und Bürger einen 100 Euro Handwerker-Gutschein erhalten, wenn sie ihre Heizungsanlagen noch in diesem Jahr auf Effizienz hin überprüfen lassen.

Strom- und Gassperren verhindern

Auf Mieterinnen und Mieter kommen hohe Heizkostennachzahlungen zu. In der derzeit besonders schwierigen Lage müssen wir verhindern, dass Nachzahlungsforderungen besonders negative Folgen haben. Wir fordern für die nächsten sechs Monate ein Kündigungsmoratorium für alle privaten Strom- und Gaslieferverträge.

Kommunen als Stabilitätsanker stützen

Auf Gemeinden, Städte und Landkreise ist in jeder Krise Verlass. Die Kommunen garantieren für die Menschen die Daseinsvorsorge, die sozialen Leistungen und die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Neben den Energieeinsparungen und der Förderung besserer Energieeffizienz fordern wir für die Kommunen eine gesonderte Unterstützung bei der Energieversorgung. In den kommunalen Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Klärwerken, Wasserbereitung und Einrichtungen muss der Betrieb sichergestellt werden.

Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen unterstützen

Aufgrund der gestiegenen Energiekosten geraten Einrichtungen des Gesundheitssektors und der Pflege in finanzielle Schieflagen. Um zu verhindern, dass Preissteigerungen auf Patienten und Bewohner weitergegeben werden und somit Gesundheit und Pflege teurer wird, müssen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, ähnlich wie in der Corona-Pandemie, besonders unterstützt werden.

Schutzschirm für Stadtwerke aufspannen

Die geplante Gasumlage wird die angespannte Lage bei den Stadtwerken zusätzlich verschärfen. Bei Festpreisverträgen und Fernwärme müssen die Versorger in Vorleistung gehen und bleiben zum Teil auf den Kosten sitzen. Wir brauchen Liquiditätshilfen und einen Insolvenzschutz für unsere Stadtwerke. Außerdem muss die KfW ein Bürgschaftsprogramm bereitstellen, damit Stadtwerke für den börslichen und außerbörslichen Handel Sicherheiten hinterlegen können, selbst wenn ihre Kreditlinien schon erreicht sind.

III. Für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland

Die vielen Unternehmen und Beschäftigten in Industrie, Handwerk und Mittelstand, Familienunternehmen und freien Berufen sind zentrale Stützen unseres Landes. Gemeinsam erwirtschaften sie unseren Wohlstand, der die Grundlage ist für einen Staat, der Schwachen hilft und in der Krise schützt. Die Unternehmen brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sie wettbewerbsfähig bleiben und Arbeitsplätze sowie Wirtschaftswachstum in Deutschland schaffen können. Alle zusammen sind das die Fleißigen in der Mitte der Gesellschaft, die tagtäglich den Laden am Laufen halten.

Neben gezielten Hilfen in der Krise ist es seit jeher Grundlage unserer Politik, beste Bedingungen für wettbewerbsfähige Unternehmen zu schaffen. So geben wir Freiraum für Innovation und

Wachstum. Wir befreien Unternehmen von unnötiger Bürokratie und geben ihnen damit mehr Zeit und Kraft für ihren wirtschaftlichen Erfolg. So sorgen wir für Wettbewerbsfähigkeit und fördern nachhaltiges Wachstum. Angesichts einer anhaltenden Rekordinflation ist eine Stärkung der wachstumsfördernden Angebotspolitik dringend notwendig. Jedes zusätzliche Angebot auf dem Markt senkt die Preise. Dabei setzen wir auf folgende Maßnahmen:

Unternehmen bei Energiekosten unterstützen

Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts explodierender Gas- und Strompreise existenziell bedroht. Bereits jetzt kommt es zu ersten Stilllegungen und Schließungen in Industrie und Mittelstand. Die Ampel-Regierung lässt die kleinen und mittleren Betriebe mit ihren Sorgen allein. Die dramatische Situation erfordert für die am stärksten betroffenen Unternehmen unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen. Wir fordern daher, das Energiekostendämpfungsprogramm dringend anzupassen, damit mehr Unternehmen unbürokratisch Unterstützung tatsächlich erhalten. Auch Mittelstand und Handwerk wie beispielsweise Bäckereien müssen Unterstützung erhalten. Dabei sollten Hürden für die Unterstützung energieintensiver Unternehmen abgesenkt und das angekündigte Auktionsprogramm für die Industrie um finanzielle Anreizmechanismen ergänzt werden. Durch die Rekordhöhen bei den Energiepreisen droht eine De-Industrialisierung Deutschlands. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss der vom Bundeskanzler zugesagte Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde zügig eingeführt werden.

Beschäftigte vor heimlichen Steuererhöhungen schützen

Die Bundesregierung vergisst offensichtlich die Mittelschicht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen infolge von Lohnsteigerungen zum Ausgleich der Inflation eine höhere Einkommensteuer zahlen, als es gerecht wäre. Dass der Staat sich auf diese Weise bereichert, ist weder sozial noch gerecht. Wir fordern die Ampel-Regierung auf, diese sogenannte kalte Progression auszugleichen und den Einkommensteuertarif an die Inflationsentwicklung anzupassen – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2022.

Belastungsmoratorium jetzt einführen

Wir brauchen ein Belastungsmoratorium in Deutschland und in der EU. Gerade in der Krise dürfen wir Unternehmen nicht zusätzlich belasten. Wir fordern die Ampel-Regierung daher auf, neue Regelungen, die Unternehmen stärker be- als entlasten, zu stoppen. Die Zeitenwende bedeutet auch, dass neue Prioritäten gesetzt und Regelungen, die nicht direkt der Entlastung der

Wirtschaft oder der Herstellung von Sicherheit und Versorgungssicherheit dienen, auf nationaler und europäischer Ebene umgehend gestoppt oder zumindest aufgeschoben werden müssen.

Unternehmensbesteuerung modernisieren

Die Unternehmensteuern in Deutschland liegen mittlerweile weit über dem OECD-Durchschnitt. Dies gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir fordern eine mutige Unternehmensteuerreform. Die Konzepte dazu liegen vor; es muss nur endlich gehandelt werden. Ohne Anreize für Innovationen und Investitionen gibt es keinen Wachstumsimpuls.

Fach- und Arbeitskräfteoffensive starten

Kein Arbeitsplatz darf unbesetzt bleiben. Wir fordern daher eine echte Fach- und Arbeitskräfteoffensive, damit unser Land ein attraktiver Standort mit modernsten Standards und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleibt. Deutschland muss zum einen das inländische Arbeitskräftepotenzial heben. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Die Beschäftigungsanreize müssen daher erhöht werden, anstatt sie – wie von der Ampel-Regierung im Rahmen des sogenannten Bürgergeldes – zu reduzieren. Wir wollen auch den Menschen in unserem Land helfen, damit sie ihre Fähigkeiten besser entfalten können. Dazu gehören zum einen flexiblere Arbeitszeitmodelle, zum anderen aber auch z. B. die Umsetzung der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Wenn Kinder gut betreut sind, dürften sich mehr Eltern entscheiden, etwas länger am Tag zu arbeiten. Zum anderen muss Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver werden. So muss ein gesteuerter Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus dem Ausland mit Sprachkursen und Weiterbildungen unterstützt werden. Innerhalb der EU haben wir ein enormes Potential an Arbeitnehmern; in den anderen EU-Staaten leben über 360 Millionen Menschen. Zudem müssen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell in das Schulsystem und den Arbeitsmarkt integriert werden.

Neue Handelschancen weltweit eröffnen

Gerade jetzt müssen wir Unternehmen in Deutschland durch Freihandelsabkommen mehr Handelsmöglichkeiten mit verlässlichen Partnern und auf neuen Märkten schaffen, auch um Abhängigkeiten im Handel, insbesondere mit autoritären Ländern, abzubauen. Zudem erhöhen offene Märkte das Marktangebot. Ein Bundeskanzler der Union wäre mit einem vom Deutschen Bundestag ratifizierten CETA-Abkommen nach Kanada gefahrenstatt mit leeren Händen und leeren Versprechen. Wir fordern daher, das Handelsabkommen mit Kanada (CETA) schnellstens zu ratifizieren sowie weitere Abkommen, insbesondere mit dem Mercosur-Raum, Indien und den USA voranzutreiben.

Umfassende Verwaltungsreform angehen - Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern immer noch zu lange und sind ein Hemmnis für Innovation und Wachstum. Wir fordern daher die Ampel-Regierung auf, zügig ein neues Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen, das Unternehmen und Bürger spürbar entlastet. Ein zentraler Baustein sollte die Ausweitung der geltenden Bürokratiebremse zu einer „1 in, 2 out“-Regel sein. Die Einführung einer Gründerschutzzone mit einer weitgehenden Befreiung von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden Jahren stärkt unsere Gründungskultur. Zudem fordern wir die Ampel-Regierung auf, ein umfassendes Gesetz zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren in allen Bereichen vorzulegen. Dazu gehört eine Einschränkung von Verbandsklagerechten. Verfahrensregelungen, die z. B. beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgreich zur Beschleunigung beitragen, müssen als „best practice“ zügig und umfassend auf andere Anwendungsbereiche übertragen werden.

Offensive für Digitalisierung und Schlüsseltechnologien

Wir brauchen einen Digitalisierungsschub in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft - angefangen bei der digitalen Infrastruktur über eine bessere digitale Bildung bis zu einer leistungsfähigen digitalen Verwaltung. Auch die Veränderungen in einer modernen, digitalen Arbeitswelt müssen berücksichtigt und die Wünsche von Beschäftigten und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufgegriffen werden. Eine Modernisierung unseres Staatswesens ist eine zentrale Aufgabe – sie kommt nicht nur Bürgerinnen und Bürgern zugute, sondern auch den Unternehmen, weil sie die meisten Behördenkontakte haben. Hier ist die Ampel gefordert, die Projekte weiter voranzubringen, die wir als Union in den vergangenen Legislaturen auf den Weg gebracht haben: Onlinezugangsgesetz, Basisregister für Unternehmensstammdaten, bundesweit einheitliches Unternehmenskonto, Registermodernisierung.

Für Schlüsseltechnologien müssen wir zudem gezielt Anreize setzen, europäisch gedacht und Ressourcen gebündelt werden, um Skalierungs- bzw. Netzwerkeffekte in Schlüsselbereichen zu heben, von Künstlicher Intelligenz über Wasserstoff bis Quantentechnologie. Dazu gehört, den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland gezielt zu stärken, Transfer in Unternehmen und Ausgründungen zu vereinfachen und Wachstum durch die Umsetzung des Zukunftsfonds und einer besseren Mitarbeiterbeteiligung zu ermöglichen.